

A3 Komplex II: faire und gerechte Gesellschaft

Gremium: BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Charlottenburg-Wilmersdorf
Beschlussdatum: 15.02.2021

Antragstext

1 Zusammen einander stärken – eine offene Gesellschaft für alle

2 Täglich begegnen wir in unserem Bezirk Menschen mit verschiedenen
3 Lebensmodellen, Weltanschauungen und Erfahrungen. Menschen aus allen Teilen der
4 Welt leben in Charlottenburg-Wilmersdorf. Sie setzen sich füreinander ein und
5 heißen Neue willkommen.

6 Gemeinsam mit diesen Menschen treten wir entschlossen gegen
7 Menschenfeindlichkeit in all ihren Formen ein. Wir haben keinen Platz für Hass
8 und Hetze. Aber wir haben Platz für ein solidarisches Miteinander, dass für die
9 Gleichstellung der Geschlechter kämpft, für die Rechte von LGBTIQ und für eine
10 menschenwürdige Versorgung von Geflüchteten. Wir kämpfen für eine offene
11 Gesellschaft, die fair, solidarisch und gerecht ist.

12 Unsere wichtigsten Forderungen im Überblick:

- 13 • Zukunft des Unternehmer*innenzentrums langfristig sichern
- 14 • Eine*n Queerbeauftragte*n für Charlottenburg-Wilmersdorf
- 15 • Zentrale Anlaufstellen und Begegnungszentren stärken
- 16 • Strategie zur Bekämpfung der Rechten Raumeinnahme
- 17 • Konzept zur postkolonialen Erinnerungskultur im Bezirk

18 Geschlechtergerechtigkeit fördern

19 Wir wünschen uns ein Charlottenburg-Wilmersdorf, in dem Menschen aller
20 Geschlechter selbstbestimmt leben können. Frauen bekommen in unserer
21 Gesellschaft immer noch nicht das, was sie verdienen – sei es bei Gehältern,
22 Chancen im Beruf, der Aufteilung von Care-Arbeit oder der Teilhabe an
23 politischen Prozessen. Diese Ungleichheit wollen wir weiter abbauen. Für die
24 Förderung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit von Frauen möchten wir die
25 Zukunft des Unternehmers*innen-Centrum West (UCW) langfristig sichern und
26 modernisieren.

27
28 Wir wollen weiterhin, dass der Bezirk seine Richtlinien für Gender Budgeting und
29 Gender Mainstreaming an den aktuellen Stand anpasst. Das im Haushaltsplan
30 eingestellte Geld muss für mehr konkrete Maßnahmen ausgeschöpft werden, die die
31 geschlechtergerechte Verteilung der finanziellen Mittel sichern. Initiativen und
32 Vereine, die sich im Bezirk für Geschlechtergerechtigkeit und die Förderung von
33 Frauen einsetzen, wollen wir stärker unterstützen.

34 Wir möchten, dass das Bezirksamt für eine kostenlose und professionelle
35 Kinderbetreuung während aller BVV- und Ausschusssitzungen sorgt. Ohne eine
36 solche Betreuung werden vor allem Mütter von kleinen Kindern in ihrer Arbeit als

37 Mitglieder der BVV eingeschränkt. Die Abschaffung des eigenen BVV-Ausschusses
38 für Gender Mainstreaming hat sich nicht bewährt.

39 Queeres Leben aktiv unterstützen

40 Es gibt es; das queere Leben im Bezirk - und es muss unterstützt und sichtbarer
41 werden. Die Berliner LGBTIQ-Community beschränkt sich nicht nur auf den
42 Regenbogenkiez.

43 Wir wollen aktiv und gezielt Beratungs- und Hilfsangebote für Regenbogenfamilien
44 ausbauen, Angebote für queere Jugendliche schaffen und queeres Wohnen im Alter
45 unterstützen.

46 Weiterhin wollen wir neben einer Gleichstellungsbeauftragten auch die Stelle
47 einer* Queerbeauftragte*n in Charlottenburg-Wilmersdorf einrichten. Im
48 Haushaltsplan des Bezirks müssen finanzielle Mittel für LGBTIQ-Projekte
49 eingestellt werden.

50 Um gezielter gegen Diskriminierung von Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-,
51 Inter- und queeren Menschen (LGBTIQ) im Bezirk vorzugehen, brauchen wir einen
52 queeren Aktionsplan mit klaren Verpflichtungen seitens des Bezirks und ein
53 Konzept zur Gewaltprävention und Schutz vor LGBTIQ-Feindlichkeit. Wir müssen
54 Betroffenen Hilfe anbieten und ihnen zeigen, dass sie nicht allein sind. Darüber
55 hinaus wollen wir Initiativen wie das Register-Charlottenburg-Wilmersdorf, MANEO
56 und L-Support unterstützen und mit ihnen verstärkt zusammenarbeiten.

57 Willkommenskultur leben und stärken

58 Das überwältigende Engagement der Menschen in unserem Bezirk trägt wesentlich zu
59 einer menschenwürdigen Versorgung der Geflüchteten bei, die in
60 Erstaufnahmeeinrichtungen sowie Not- und Gemeinschaftsunterkünften leben. Allen
61 Menschen mit Fluchterfahrung wollen wir ein sicheres und würdevolles Leben
62 bieten können. Um dies zu erreichen braucht es zentrale Anlaufstellen sowie
63 Begegnungszentren für Geflüchtete als auch für Unterstützer*innen. Wir wollen so
64 die Beratungslandschaft im Bezirk dauerhaft verbessern.

65
66 Zudem müssen die Qualitätsstandards in den Unterkünften für Geflüchtete
67 verbessert werden. Besonders dem Schutz von unbegleiteten Minderjährigen
68 Flüchtlingen sind wir besonders verpflichtet. Ihre Unterbringung muss für die
69 zuständigen Stellen transparent erfolgen, sodass eine vertrauensvolle
70 Kooperation zwischen Jugendamt, Schulverwaltung, sozialen Trägern und
71 ehrenamtlichen Unterstützer*innen ermöglicht wird. Das Recht der jungen
72 Geflüchteten auf einen Schulbesuch und auf eine qualifizierte Ausbildung muss
73 schnell und unbürokratisch realisiert werden.

74 Projekte und Angebote sowie Initiativen und Vereine, die die Willkommenskultur
75 im Bezirk stärken und fördern wollen, müssen langfristig auch über den
76 Bezirkshaushalt unterstützt werden. Darüber hinaus wollen wir die Kompetenzen
77 des Migrationsbeirats im Bezirk im Rahmen der Neufassung des Partizipations- und
78 Integrationsgesetzes auf Landesebene erweitern.

79 Gemeinsam gegen Hass und Hetze

80 Die Neue Rechte versucht verstärkt in Charlottenburg-Wilmersdorf Raum
81 einzunehmen und sich in Form von Vereinen, Initiativen und Projekten hier
82 anzusiedeln. Als Grüne stellen wir uns jeder Form von Hass und Hetze entgegen.

83 Wir lassen den Rechten in unserem Bezirk keinen Fußbreit! Wir setzen uns dafür
84 ein, dass der Bezirk auf diese Strategie der Rechten Raumeinnahme aufmerksam
85 macht und diese Problematik ernsthaft angeht. Dazu wollen wir Bündnisse und
86 Organisationen aktiv unterstützen und Anlaufstellen wie die Registerstelle
87 Charlottenburg-Wilmersdorf bekannter machen. Die Verwaltung muss
88 antifaschistische Zivilgesellschaft gezielt unterstützen. So kann die
89 Alltagsdiskriminierung in unserem Bezirk besser erfasst und gezielter gegen sie
90 vorgegangen werden.

91 Weiterhin braucht es eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Register, Polizei
92 und der mobilen Beratung gegen Rechts, um auf Rassismus und rechte Strukturen im
93 Bezirk aber auch in den Reihen von Polizei und Strafverfolgung selbst aufmerksam
94 zu machen. Wir wollen mit einer unabhängigen Beschwerdestelle beim Bezirksamt
95 den Menschen helfen, die Diskriminierung erfahren haben. Wir wollen diese
96 personell und finanziell so ausstatten, dass sie auch handlungsfähig ist und
97 geschulte Mitarbeiter*innen für diese Stelle anwerben.

98 Barrierefreiheit in allen Bereichen

99 Menschen mit Behinderung erleben in unserem Bezirk täglich Hürden
100 verschiedenster Art. Diese wollen wir abbauen und Charlottenburg-Wilmersdorf zu
101 einem barrierefreien Bezirk umgestalten. Dazu gehört, dass der Bezirk eine
102 barrierefreie Infrastruktur schafft. Zum Beispiel durch Indoor-
103 Navigationssysteme, die sehbehinderte Personen unterstützen.

104 Behindertenpolitik muss endlich als Querschnittsthema bearbeitet werden. Dafür
105 wollen wir unter anderem den verbindlichen Nutzen der eingeführten Disability-
106 Mainstreaming-Checklist. Im Bausektor und im öffentlichen Verkehr muss
107 Barrierefreiheit für Sehbehinderte, Gehörlose und sowohl für körperlich als auch
108 geistig Beeinträchtigte von Anfang an mitgedacht werden.

109 Um Mehrfachdiskriminierungen im Bezirk gezielt intersektional zu bekämpfen,
110 braucht es einen verstärkten Austausch zwischen Integrations-, Gleichstellungs-,
111 Queer- und Behindertenbeauftragten.

112 Postkoloniale Erinnerungskultur im Bezirk umsetzen

113 Kolonialverbrecher*innen verdienen keine Ehrung im öffentlichen Raum. Deshalb
114 wollen wir Straßen und Plätze, die Kolonialverbrechen verherrlichen, umbenennen.
115 Diese Orte sollen durch eine dafür eingerichtete Kommission identifiziert
116 werden. An umbenannten Straßen und Denkmälern sollen Erinnerungstafeln den
117 historischen Kontext dieser Orte aufzeigen. Analoge Informationen vor Ort
118 sollten mit digitalen Möglichkeiten z.B. über QR-Codes verbunden werden. Wir
119 setzen uns dafür ein, dass der Bezirk auf seiner Website eine Karte mit
120 Informationen zu den betroffenen Orten einrichtet.

121 Wir wollen Orte der kritischen Auseinandersetzung schaffen, um den Zusammenhang
122 zwischen Menschenrechten, Rassismus und Diskriminierung mit den Ursachen für
123 Flucht zu verknüpfen und die kapitalistischen Machtbeziehungen in der heutigen
124 postkolonialen Welt zu hinterfragen. Die Volkshochschule und die neue
125 Zentralbibliothek sollten hierfür als Begegnungsorte und kritische
126 Bildungszentren genutzt werden. Außerdem möchten wir das Bezirksmuseum dabei
127 unterstützen, eine Ausstellung zur Kolonialgeschichte Charlottenburg-
128 Wilmersdorfs zu konzipieren.

129 Eine zukunftsfähige Bildung für alle Familien

130 In unseren Bildungseinrichtungen werden bereits im jüngsten Alter die Weichen
131 für den weiteren Lebensweg gestellt. Wir wollen ein Charlottenburg-Wilmersdorf,
132 in dem jedes Kind von Anfang an eine Chance erhält und in dem der Erfolg in Kita
133 und Schule nicht von der sozialen Herkunft abhängt. Grüne Bildungspolitik setzt
134 daher darauf, Bedingungen für das Lernen zu schaffen, in denen kein Kind
135 zurückgelassen wird.

- 136 • Wir stärken die frühkindliche Bildung durch mehr Ausbildungsplätze für
137 Erzieher*innen, Kita-Neubauten, Kita- Sanierung.
- 138 • Wir gestalten Schule zukunftsfähig durch schnelles Internet, IT-Technik,
139 IT-Spezialist*innen. Wir bauen und sanieren Schulen.
- 140 • Wir wollen in Kitas und Schulen biologisches, regionales Essen. Wir
141 fördern Projekte zur Klimakrise.
- 142 • Wir stärken die Beteiligung von Kindern und Familien durch einen Etat pro
143 Schule, über den Schüler*innen verfügen können, Stärkung des Kinder- und
144 Jugend-Büros und der Elternvertretungen, Unterstützung des Kinder- und
145 Jugendparlaments.
- 146 • Kinder können sich sicher im Bezirk bewegen durch Schulstraßen,
147 verkehrsberuhigte Bereiche, sicheren Schulweg.
- 148 • Kinder und Familien bekommen mehr Platz im öffentlichen Raum durch neue
149 Spielplätze, grüne Plätze, Spielstraßen.
- 150 • Die Verwaltung wird familienfreundlicher und einfacher durch ein Familien-
151 Servicebüro.

152 Frühkindliche Bildung stärken

153 Um für die Kitas mehr Erzieher*innen zu haben und einen besseren
154 Betreuungsschlüssel zu erreichen, sollen Erzieher*innenschulen mehr
155 Ausbildungsplätze bekommen. Wir wollen im Bezirk mehr für pädagogische Berufe
156 werben - auch um Quereinsteiger*innen.

157 Die Kitaplätze in Charlottenburg-Wilmersdorf reichen noch nicht aus. Um genügend
158 Plätze zur Verfügung stellen zu können wollen wir Kitas neu bauen und bestehende
159 Kitas sanieren. Bei allen Bauprojekten im Bezirk soll geprüft werden, ob auch
160 neue Kitaplätze und Indoorspielplätze geschaffen werden können - wie bei der
161 „Modularen Unterkunft für Flüchtlinge“ (MUF) Quedlinburger Straße erfolgreich
162 geschehen.

163 Bei Kitaneubauten dürfen keine Flächenkonkurrenzen mit anderen sozialen
164 Einrichtungen entstehen! So konnte in dieser Wahlperiode erst der massive
165 Widerstand von Eltern, Kindern und der grünen Partei die SPD-geführte
166 Jugendabteilung von ihrem Vorhaben abhalten, ausgerechnet den
167 Abenteuerspielplatz im Güntzelkiez (für Kita- und Verwaltungszwecke) zu bebauen.
168 Die Suche nach geeigneten Straßenflächen, die für Kita-Neubauten umgewidmet
169 werden können, muss verstärkt werden.

170 Schule zukunftsfähig gestalten

171 Die Ausstattung der Schulen mit IT-Technik und IT-Spezialist*innen ist
172 Voraussetzung für digitalen Unterricht. Dazu sind alle Schulen ans Internet per
173 Glasfaser anzubinden, um Highspeed- Internet zu ermöglichen. Lehrer*innen und
174 Schüler*innen sollen Tablets oder Laptops zur Verfügung gestellt bekommen.

175 Wir wollen vorhandene Schulgebäude in unserem Bezirk sanieren und Schulen neu
176 bauen, um für mehr Schüler*innen genug Schulplätze zu haben. Statt maroder
177 Schulen wollen wir eine moderne Schulinfrastruktur.

178 Bei Umbauten und Erweiterungsbauten sollen die Schulgemeinschaften durch
179 Partizipations-Workshops eingebunden werden, um lokale Wünsche und Vorstellungen
180 berücksichtigen zu können.

181 Eine zweite Gemeinschaftsschule soll im Bezirk entstehen, damit für mehr
182 Schüler*innen das gemeinsame Lernen während der gesamten Schulzeit wählbar wird.

183 Saubere Schulen sind Grundlage einer angenehmen Lernatmosphäre. Dafür wollen wir
184 den Einstieg in die Rekommunalisierung der Schulreinigung modellhaft an einigen
185 Standorten erproben. Sobald die Finanzierung durch das Land Berlin gesichert
186 ist, sollen dann schrittweise nach Tarif und im öffentlichen Dienst beschäftigte
187 und den Schulen zugeordnete Reinigungskräfte die Arbeit übernehmen. Wir wollen,
188 dass harte Arbeit angemessen bezahlt wird.

189 Gartenarbeitsschule, Jugendverkehrsschule und Jugendkunstschule müssen auch in
190 Zukunft gestärkt werden, damit alle Kinder dort lernen können.

191 Kitas und Schulen ökologisch entwickeln

192 Um die Qualität des Mittagessens in den Einrichtungen zu verbessern, sollen
193 verwendete Lebensmittel biologisch, saisonal und regional sein.

194 Das Kochen vor Ort, die Essenzubereitung als Thema für Kinder, das gemeinsame
195 Arbeiten im (Schul-)Garten und der Gartenarbeitsschule sowie Exkursionen auf
196 Bio-Bauernhöfe ins Umland sollen Kindern ein Bewusstsein für gesundes Essen und
197 seine Herkunft vermitteln.

198 Projekte zum Thema Klimakrise sollen gefördert werden. Hierbei kann die
199 Unterstützung durch die Stabsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung genutzt
200 werden. (Beispiele Müllvermeidung, Fairer Handel, „Essen macht Schule“).

201 Um die Öko-Bilanz von Kitas und Schulen zu verbessern, müssen mehr Freiflächen
202 von Pflaster oder Asphalt befreit werden. So wird gemeinschaftliches Gärtnern
203 möglich. Schulen sollen Solardächer und energiesparende Heizsysteme bekommen.

204 Alle Bildungseinrichtungen sollen sich für den Stadtteil öffnen und den
205 Austausch untereinander und mit der Nachbarschaft verstärken, um das soziale
206 Miteinander zu fördern.

207 Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern stärken

208 Wir wollen den Schüler*innen-Haushalt fest in unserem Bezirk verankern und
209 Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, selbst über einen eigenen Etat
210 pro Schule zu verfügen. Dafür sind die finanziellen Mittel in den
211 Bezirkshaushalt einzustellen und die pädagogische Begleitung durch die
212 Servicestelle Jugendbeteiligung zu gewährleisten.

213 Elternvertretungen leisten eine wichtige Arbeit in unserem Bezirk. Wir wollen
214 ihre Arbeit stärken und ihnen eine hauptamtliche Ansprechperson und Räume im
215 Bezirksamt zur Verfügung stellen.

216 Wir fördern die Kinder- und Jugendbeteiligung durch ein eigenes Büro und die
217 Unterstützung des Kinder- und Jugendparlamentes. Ihre Beschlüsse werden in der
218 Bezirksverordnetenversammlung diskutiert und beschlossen.

219 Wir stärken die Arbeit der Integrationslots*innen und setzen uns für
220 mehrsprachige Angebote ein, um mit der Beratung und Arbeit der
221 Integrationslots*innen möglichst viele Menschen zu erreichen. Dafür ist eine
222 hochwertige Qualifizierung notwendig.

223 Wir wollen dass kein Kind auf die schiefe Bahn gerät oder selbst Opfer von
224 Gewalt wird. Dafür unterstützen wir Projekte des bezirklichen Präventionsrates
225 gegen Gewalt, um negative Entwicklungen vorzubeugen.

226 Starke Jugendfreizeiteinrichtungen sind erster Anlaufpunkt, um eigene Interessen
227 zu entdecken und zu entwickeln. Kinder aus ressourcenarmen Familien profitieren
228 davon besonders.

229 Kinder können sich selbständig im Bezirk bewegen

230 Wir wollen, dass sich alle Kinder im Bezirk sicher bewegen können. Dafür
231 schaffen wir die Voraussetzungen rund um Kitas und Schulen. Wir unterstützen
232 Initiativen, die temporäre Spiel- und Schulstraßen und verkehrsberuhigte
233 Bereiche fordern und organisieren.

234 Wir haben alle Schulen im Bezirk auf die Schulwegsicherheit untersucht, wir
235 setzen die empfohlenen Maßnahmen um und wollen regelmäßig in Absprache mit den
236 Schulen die Lage neu bewerten und prüfen, ob erneut Handlungsbedarf besteht. Wir
237 unterstützen es, wenn Kinder zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule kommen.
238 Dafür wollen wir die Jugendverkehrsschulen stärken und die Mobilitätserziehung
239 in den Schulen weiterentwickeln, damit Schüler*innen sich auf ihren Wegen sicher
240 im Straßenverkehr zu bewegen wissen. Hierfür sollen die Jugendverkehrsschulen
241 ihre täglichen Öffnungszeiten erweitern und auch am Wochenende für Familien
242 zugänglich sein.

243 Eine bessere Radinfrastruktur ist für die Mobilitätswende notwendig. Dafür
244 schaffen wir ausreichend Radabstellplätze und Fahrradreparaturstationen rund um
245 Schulen und kontrollieren Verstöße durch das Ordnungsamt.

246 Mehr Grün und mehr Platz im öffentlichen Raum für Kinder, Jugendliche und
247 Familien

248 Der Bezirk hat gute, aber viel zu wenige Spielplätze! Der verdichtete
249 Innenstadtbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf hat gegenwärtig ein großes
250 Flächendefizit bei Spielplätzen (Richtzahl: 1m² pro Einwohner, in CW: 0,47 m²)
251 und steht damit an zweitschlechtester Stelle aller Bezirke in Berlin! Vorhandene
252 Spielplätze müssen erhalten bleiben und neue geschaffen werden! Die Qualität der
253 Spielplätze ist deutlich verbessert worden. Weit mehr als die vom Senat
254 zugewiesenen Spielplatzsanierungsmittel konnte das Grünflächenamt in den
255 vergangenen Jahren in die Instandhaltung investieren, indem es auf die nicht
256 verausgabten Mittel aus anderen Bezirken zugreifen konnte.

257 Wir wollen mehr Orte für Kinder und Jugendliche draußen schaffen. Dazu müssen
 258 Straßen in Spielplätze umgewidmet werden, in temporäre und dauerhafte
 259 Spielstraßen und grüne Plätze.

260 Jugendeinrichtungen müssen so unterstützt werden, dass sie länger öffnen können.
 261 Jugendpartyräume müssen auch am Abend zur Verfügung stehen.

262 Auf öffentlichen Flächen und in der Nähe von Spielplätzen sollen ausreichend
 263 viele Bänke, Wasserspender und barrierefreie Toiletten vorhanden sein.

264 Die öffentliche Nutzung von Kleingartenanlagen soll verstärkt werden.

265 Familienfreundliche Verwaltung

266 Berliner Familien sind genervt von einer langsamen Bürokratie und komplizierten
 267 Verwaltungsverfahren. Wir wollen Familien bei der Antragstellung unter die Arme
 268 greifen, in dem wir ein Familienservicebüro etablieren. Darin sollen sämtliche
 269 familienbezogenen Leistungen zentral und mehrsprachig beantragt werden können.
 270 Dadurch ersparen wir Familien unnötige Wege und Kopfschmerzen.

271 Das Haus der Nachbarschaft und die Ulme 35 sind Leuchttürme in unserem Bezirk,
 272 die für zivilgesellschaftliches Engagement und nachbarschaftliche Hilfe stehen.
 273 Wir wollen beide Institutionen fördern, für die Zukunft sichern und unterstützen
 274 den Ausbau von Angeboten für Nachbar*innen und geflüchtete Menschen.

275 Wir wollen Verwaltungsprozesse nicht nur beschleunigen, sondern auch
 276 digitalisieren, damit man bequem von Zuhause aus Leistungen beantragen kann.
 277 Dafür machen wir uns im Bezirk und auf Landesebene stark. Auch in Krisenzeiten
 278 müssen unsere Verwaltungen und Schulen arbeitsfähig bleiben, dafür muss in guten
 279 Zeiten Vorsorge geleistet. Der Jugendgesundheitsdienst und die
 280 Erziehungsberatungsstellen sollen so ausgestattet werden, dass auch in
 281 Krisenzeiten kein Kind zurückgelassen wird.

282 Das soziale Miteinander & Gesundheitsversorgung stärken

283 Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein vielfältiger und beliebter Bezirk. Im
 284 Berliner Vergleich ist der Anteil ökonomisch besser gestellter Menschen sehr
 285 hoch – aber zwischen Charlottenburg-Nord und Grunewald gibt es große
 286 Unterschiede. Diese sozialen Ungleichheiten wollen wir ausgleichen.

287 Unsere wichtigsten Projekte für die kommende Wahlperiode sind:

- 288 • den öffentlichen Gesundheitsdienst besser personell und digital ausstatten
- 289 • generationenübergreifende Stadtteiltreffs entwickeln
- 290 • Erwerbslosigkeit durch (Weiter-)Bildung verhindern - Erwerbslosen
 291 Perspektiven aufzeigen
- 292 • Wohnungslosigkeit vorab durch niedrigschwellige Hilfen vermeiden
- 293 • Drogenabhängige nicht kriminalisieren, sondern unterstützen - einen
 294 Drogenkonsumraum im Bezirk errichten

295 Gesundes Leben und aktivierende Sozialpolitik

296 Gesundheit ist nach grünem Verständnis körperliches, psychisches und soziales
297 Wohlbefinden. Es entsteht durch Teilhabe am sozialen Leben und Selbstbestimmung
298 aller Menschen - unabhängig von Einkommen und sozialem Status. Deshalb setzen
299 wir uns für gerechte Lebensbedingungen und eine kieznahe Versorgung ein. In
300 Bezirksregionen wollen wir medizinische, pflegerische und psychosoziale Hilfen
301 verzahnen – unter aktiver Einbeziehung aller Beteiligten: der Anbietenden und
302 der Nutzenden. Die Stärkung der Gesundheitskompetenz und die Verhinderung von
303 Krankheiten oder deren Verschlechterung stehen dabei im Zentrum.

304 Nachhaltige Gesundheit entsteht im alltäglichen Leben. Gesundheitsförderung ist
305 deshalb ein Querschnittsthema aller politischen Ressorts: nachhaltige Klima- und
306 Umweltpolitik, eine menschengerechte und Bewegung fördernde Verkehrswende, gutes
307 einkommensunabhängiges Wohnen, umfassende Barrierefreiheit – damit wollen wir
308 die Lebensbedingungen aller Generationen verbessern.

309 Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie notwendig ein gut organisierter und gut
310 ausgestatteter Öffentlicher Gesundheitsdienst ist. In den letzten Jahrzehnten
311 konnten die bezirklichen Gesundheitsämter infolge der Personaleinsparungen
312 mühsam nur noch ihre Pflichtaufgaben erfüllen. Dabei haben sie neben den
313 hoheitlichen Aufgaben wie der Überprüfung von Hygienestandards und
314 Epidemiebekämpfung das Potential zur aktiven Gesundheitsförderung der
315 Bevölkerung. Um das zu erreichen, wollen wir die Personalausstattung verbessern,
316 auch durch Beschleunigung der Einstellungsverfahren, und für die Ausstattung mit
317 notwendiger Computertechnik sorgen.

318 Zur bezirklichen Gesundheitsplanung werden die Kompetenzen der
319 Organisationseinheiten für Qualitätssicherung, Planung und Koordination (QPK)
320 gestärkt. Das Gesundheitsamt unterstützt alle im Bezirk lebenden Menschen in
321 ihrer Gesundheit – unabhängig vom Aufenthaltsstatus und ihrer Berufsausübung.
322 Die Verwaltung soll auf Grundlage der Gesundheits- und Sozialdaten des Bezirks
323 gezielte Angebote zur Förderung der Bewegung, der Zahngesundheit und der
324 gesunden Ernährung erarbeiten und umsetzen. Sie arbeitet mit Anbieter*innen von
325 Gesundheits- und Sozialleistungen zusammen und bestimmt über die Finanzierung
326 und Aufgabenstellung.

327 Nach dem Vorbild des „Hauses des Säuglings“ im Rathaus Charlottenburg wollen wir
328 Beratungsangebote für Familien mit Kindern im ganzen Bezirk örtlich und zeitlich
329 schnell zugänglich, unter besonderer Berücksichtigung sozialer und ökonomischer
330 Lagen ausbauen. Hausbesuche nach Geburten werden allen Familien angeboten.

331 Die psychosoziale und psychiatrische Versorgung wollen wir weiter verbessern.
332 Der bezirkliche Gesundheitsdienst soll sicherstellen, dass Hilfen insbesondere
333 bei sexualisierter Gewalt angeboten wird. Die Beratung queerer Menschen durch
334 die im Bezirk ansässigen gemeinnützigen Träger wird gefördert und ausgebaut.

335 Gesund und aktiv älter werden

336 In Charlottenburg-Wilmersdorf leben sehr viele ältere Menschen: berlinweit hat
337 der Bezirk den zweitgrößten Anteil von Personen, die hundert Jahre und älter
338 sind. Viele Senior*innen erfreuen sich lange guter Gesundheit und engagieren
339 sich gerne ehrenamtlich. Sie brauchen mehr Wohn- und Pflegeangebote, die einen
340 möglichst langen Verbleib im vertrauten Quartier fördern und sichern. Wir
341 wollen, dass der Bezirk eine eigene Bedarfsplanung für pflegerische und
342 pflegevermeidende Angebote unter Einbezug des Ehrenamtes erarbeitet.

343 Der Ausbau der Tagespflege und die Förderung ambulanter Pflegeangebote tragen
344 genauso wie der Erhalt und Ausbau von Gesundheitszentren, Senior*innenclubs,
345 generationenübergreifenden Nachbarschaftstreffs und Gemeinschaftsgärten zur
346 Stärkung des sozialen Zusammenhalts bei. In Wohngemeinschaften kann trotz
347 Personalmangel eine gute Pflegequalität bei Erhalt privater Häuslichkeit
348 gewährleistet werden. Wir wollen, dass bezirkliche Einrichtungen und Pflegeheime
349 mit kostenlosem WLAN-Anschluss ausgestattet werden, bei Bedarf sollen Schulungen
350 zur Nutzung angeboten werden. Wir wollen die bezirklichen Seniorentreffpunkte zu
351 Stadtteilclubs mit einem Diversity-Ansatz erweitern. Menschen mit
352 Migrationsgeschichte sollen durch auf sie abgestimmte Angebote ausdrücklich zur
353 Teilnahme angesprochen werden.

354 Die Arbeit der bezirklichen Pflegestützpunkte im Bezirk wollen wir stärken, auch
355 bei der Entlastung von versorgenden Angehörigen. Interkulturelle Angebote und
356 kultursensible Pflege sollen gezielt gefördert werden. Heime und
357 Pflegewohngruppen sollen durch Öffnung in die Quartiere präsent und zugänglich
358 sein. Bedarfsgerechte Modernisierungen und die Entwicklung von Mindeststandards
359 für Pflege- und Wohnangebote, auch für alternative Wohnformen, wollen wir
360 erleichtern und langfristig sichern.

361 Die derzeitige Entwicklung der bezirklichen Pflegeeinrichtungen und
362 Senior*innenhäuser der Wilmersdorfer Seniorenstiftung sehen wir mit großer
363 Sorge. Aktuell hat die Stiftung den Vertrag über das Pflegeheim in der
364 Lentzeallee und ein weiteres Gebäude in der Schweinfurthstraße gekündigt. Wir
365 wollen die verbliebenen Einrichtungen erhalten. Das muss auf solider
366 finanzieller Basis geschehen. Unser Ziel ist der dauerhafte Erhalt der
367 Senior*innen- und Stadtteilclubs.

368 Mit der in 2019 eingerichteten Koordinationsstelle für Altenhilfe und Geriatrie
369 wollen wir regelmäßig Altenhilfepläne erarbeiten, um vorhandene Angebote zu
370 erfassen und Versorgungslücken und neue Bedarfe für die Versorgung von älteren
371 Menschen aufzuzeigen. Dazu gehört die Analyse der bezirklichen Altersstruktur
372 nach Quartieren und sozialer Lage. Die Angebote im Rahmen des Projekts
373 „Demenzfreundliche Kommune“ wollen wir im Zusammenwirken von Bezirksamt und
374 Pflegeeinrichtungen weiter ausbauen.

375 Gutes Miteinander in Charlottenburg-Wilmersdorf

376 Unser Bezirk lässt niemanden zurück, weder Erwerbslose, Wohnungslose,
377 Alleinerziehende noch andere Menschen, die Hilfe brauchen. Für sie alle ist das
378 Bezirksamt eine Anlaufstelle. Ihnen zugewandt nimmt die Verwaltung ihre Aufgaben
379 in der Daseinsvorsorge unkompliziert und bürgernah wahr. Die in der Corona-
380 Pandemie umgesetzten vereinfachten Verfahren machen deutlich, wie flexibel die
381 Verwaltung sein kann. Diesen Ansatz wollen wir dauerhaft nutzen, um den
382 bürokratischen Aufwand zu minimieren und schnelle und effektive Hilfe zu geben.
383 Der direkte Kontakt zu den Leistungsempfänger*innen soll dabei im Mittelpunkt
384 stehen.

385 Viele Erwerbslose im Bezirk haben keine Ausbildung oder gar keinen
386 Schulabschluss. Für sie ist es schwer, im ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.
387 Umso mehr muss rechtzeitig die Möglichkeit eines Abschlusses gefördert werden.
388 Mit den Jugendberufsagenturen, die integriert mit Jobcenter und Jugendamt
389 zusammenarbeiten, ist es bereits gelungen, mehr Jugendliche und junge Erwachsene

390 in eine Ausbildung zu bringen. Diesen Weg wollen wir fortführen und dabei
391 stärker Social Media für die Kontaktaufnahme nutzen.

392 Erwerbslose bekommen im Jobcenter Hilfe. Für die Unterstützung von
393 Langzeiterwerbslosen setzen wir auf Projekte, von denen Erwerbslose und die
394 Gesellschaft profitieren können. Durch Nutzung von Bundes- und Landesmitteln
395 wollen wir Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen, die notwendige Kenntnisse für
396 neue Berufe vermitteln.

397 In der laufenden Wahlperiode haben wir die Stelle einer Ombudsperson im
398 Jobcenter initiiert. Sie ist unabhängig, kann Bescheide erläutern und in
399 Streitfällen vermitteln. Damit haben wir eine Möglichkeit geschaffen, jenseits
400 aufwändiger Widersprüche oder Klagen Probleme zu lösen. Das wollen wir
401 fortsetzen und die bislang ehrenamtliche Stelle professionalisieren.

402 Die Schuldner*innen- und Insolvenzberatung des Bezirks wurde durch zusätzliche
403 Landesmittel personell aufgestockt. Diese Mittel werden auch zukünftig
404 gebraucht, um die langen Wartezeiten auf eine Beratung zu verkürzen. Gerade in
405 den Zeiten der Corona-Pandemie geraten viele Menschen in finanzielle Not, für
406 deren Ausweg sie professionelle Unterstützung benötigen. Die Schuldner*innen-
407 und Insolvenzberatung soll auch präventive Beratungsangebote unterbreiten, um
408 Schuldenfallen vorzubeugen.

409 Vom ehrenamtlichen Engagement im Bezirk profitieren viele Menschen. Der Einsatz
410 in Vereinen, Glaubensgemeinschaften, Nachbarschaftsinitiativen und lockeren
411 Zusammenschlüssen in Interessengemeinschaften fördert sozialen Zusammenhalt und
412 Gemeinsinn. In der Coronakrise wird die Hilfsbereitschaft, z.B. bei der
413 Übernahme von Einkäufen, wieder deutlich. Wir wollen, dass das Bezirksamt diesen
414 Einsatz verstärkt unterstützt, etwa durch die aktive Vermittlung Interessierter
415 an Organisationen und Initiativen im Bezirk. In der Freiwilligenagentur können
416 sich jetzt schon Menschen von jung bis alt melden, um sich im Bezirk zu
417 engagieren. Auch das "Junge Engagement Charlottenburg-Wilmersdorf" wollen wir im
418 Rahmen der Freiwilligenagentur fortführen, um gezielt Jugendliche und junge
419 Erwachsene anzusprechen. Nachbarschaftszentren wie das Haus der Nachbarschaft
420 in Wilmersdorf oder das Haus am Lietzensee in Charlottenburg werden wir weiter
421 fördern und die Aktivitäten unterstützen.

422 Wege aus der Wohnungs- und Obdachlosigkeit

423 Durch die massiv wachsende Wohnungsknappheit werden immer mehr Menschen von
424 Wohnungslosigkeit bedroht. Das ist nicht nur eine massive Belastung, sondern der
425 Weg in eine lebensgefährliche Obdachlosigkeit, aus der ein Ausstieg sehr schwer
426 ist. Daher wollen wir alle nur möglichen Maßnahmen ausschöpfen, um den Verlust
427 der Wohnung im Vorfeld zu vermeiden. Dazu gehört eine aufsuchende Beratung über
428 möglichen Wohnungsverlust bei Mietrückständen und eine Vereinbarung über die
429 Übernahme der Mietzahlungen bei Menschen, die Leistungen der Grundsicherung oder
430 Sozialhilfe empfangen.

431 Im Bereich der Kältehilfe sind nicht nur ausreichend viele Plätze
432 bereitzustellen, sondern auch betreute Wohnformen anzubieten, die obdachlos
433 gewordenen Menschen Wege in ein selbstständig organisiertes Leben erleichtern.
434 Dazu wollen wir neben dem bewährten Wohnprojekt in der Güntzelstraße 4 weitere
435 Projekte einrichten.

436 Unser Ziel ist es, dass alle Unterkünfte für Wohnungslose Mindeststandards wie
437 die Ausstattung mit WLAN – berlinweit - aufweisen. Gemeinsam mit dem Landesamt
438 für Gesundheit und Soziales wollen wir erreichen, dass der Bezirk zukünftig
439 weniger Hostels zur Unterbringung von Wohnungslosen nutzen muss. Stattdessen
440 wollen wir das Konzept des "Housing First" anwenden und Wohnungslosen eine
441 Unterkunft oder Wohnung mit eigenem Mietvertrag anbieten.

442 Auch die präventive Arbeit wollen wir stärken. Den Aufbau der integrierten
443 Fachstellen zur Prävention von Wohnungslosigkeit unterstützen wir und wollen ihn
444 in der kommenden Wahlperiode fortsetzen, damit die Hilfe greifen kann, bevor
445 Wohnungslosigkeit entsteht.

446 Um obdachlosen Personen ein Mindestmaß an Hygiene zu ermöglichen, wollen wir uns
447 als Bezirk für einen flächendeckenden Ausbau an öffentlichen und kostenlos
448 zugänglichen Toiletten einsetzen. Für das harte Leben auf der Straße muss
449 wenigstens eine sanitäre Grundausstattung – insbesondere für Frauen und
450 menstruierende Personen - gewährleistet sein, dazu gehört etwa der Zugang zu
451 Menstruationsprodukten.

452 Suchtprävention und Selbstbestimmung

453 Wir wollen eine Drogenpolitik durch Aufklärung und Unterstützung statt
454 pauschaler Kriminalisierung. Abhängige brauchen Unterstützung, keine
455 Sanktionierung. Die soziale Arbeit mit Konsument*innen muss vernünftig und
456 akzeptierend sein, fokussiert auf die Wirkung statt auf die willkürliche
457 Trennung zwischen legalen und illegalen Drogen. Dabei müssen wir verstärkt auch
458 sogenannte nichtstofflich gebundene Abhängigkeiten, wie etwa Glücksspiel und
459 Internet, in den Blick nehmen. Prävention ist effektiver als Heilung.

460 Dort wo sich Konsument*innen treffen, herrschen oft menschenunwürdige Zustände.
461 Am Bahnhof Zoo wurde mit dem Hygienecenter zumindest etwas Abhilfe geschaffen.
462 Hier müssen aber noch mehr Angebote entstehen, die den Konsum unter hygienischen
463 Bedingungen ermöglichen. Die sozialen Bedarfe sind bei den großangelegten
464 Planungen für die städtebauliche Umgestaltung des Zoo-Areals mit einzubeziehen.

465 Wir setzen uns weiterhin für einen festen Drogenkonsumraum im Umfeld des
466 Stuttgarter Platzes ein und begrüßen die Planung eines Konsumraumes am Bahnhof
467 Charlottenburg. Im Drogenkonsumraum können gebrauchte Spritzen sicher entsorgt
468 werden und gefährden nicht die Umgebung. Zur Reduzierung von Gesundheitsgefahren
469 wollen wir auch im Bezirk das Angebot schaffen, Substanzen vor dem Konsum auf
470 ihre gesundheitliche Sicherheit prüfen zu lassen.

471 Die Aufklärung über die Gefahren auch legaler Drogen wie Alkohol oder Tabak soll
472 ausgeweitet werden. Der Bezirk muss Hilfs- und Beratungsangebote offensiver
473 bewerben. Aufklärungsangebote an Schulen müssen ausgeweitet werden und über eine
474 bloße Tabuisierung hinausgehen. Gefahren und Risiken sollen ebenso wie der Weg
475 in ein adäquates Konsumverhalten dargestellt werden. Dabei muss eine ehrliche
476 Aufklärung über die gesundheitlichen Folgen unabhängig vom Status der Legalität
477 stattfinden.